

Auf dem Weg in die Diktatur

In Irak stehen nun zwar Parlamentswahlen an, doch die prekäre Sicherheitslage gefährdet die Demokratisierung des Landes

VON GUIDO STEINBERG

Im gut vier Wochen stehen in Irak Parlamentswahlen an. Die neuen Abgeordneten sollen für vier Jahre gewählt werden und damit die kurzlebigen Provisorien der vergangenen zweieinhalb Jahre in Bagdad ablösen. Mitte Oktober haben die Iraker den Weg dafür frei gemacht, als sie mehrheitlich dem Verfassungsentwurf für einen neuen irakischen Staat zustimmten. Noch ist aber völlig offen, ob am Ende dieses Prozesses die erste liberale Demokratie auf arabischem Boden entsteht oder ein Bürgerkrieg.

Insbesondere die US-Besatzungsmacht hat in den vergangenen Monaten sehr aufs Tempo gedrückt, um den ehrgeizigen Fahrplan für Irak einzuhalten: Parlamentswahlen im Januar 2005, die Bildung einer Regierung unter Premier Ibrahim al-Dschafari, die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, das Referendum darüber im Oktober und nun in wenigen Wochen die zweiten Parlamentswahlen des Jahres.

Denn Washington ist überzeugt, dass nur eine stabile irakische Regierung den weiteren Aufbau einheimischer Sicherheitskräfte gewährleisten kann, um dann schrittweise die Verantwortung für die innere Sicherheit von den Besatzungstruppen zu übernehmen. Gleichzeitig benötigt die Regierung von US-Präsident George W. Bush dringend sichtbare Erfolge in Irak, um den wachsenden innenpolitischen Widerständen in den USA gegenüber einem Irak-Engagement wirksam zu begegnen.

Zwar ist eine stabile Regierung in Bagdad eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Sicherheitslage in Irak beruhigt, doch hat sich die von US-Seite oft zitierte Auffassung, dass sich Fortschritte im politischen Prozess auf die Sicherheitslage auswirken müssten, als zu optimistisch entpuppt. Obwohl die Besatzer es durchaus als Erfolg werten durften, dass während des Referendums im Oktober größere Terroranschläge ausgeblieben sind, setzte sich die Gewalt anschließend sofort – und in unverminderter Stärke – im Land fort.

Dass sich der Verfassungsprozess nicht positiv auf die Sicherheitslage auswirkt, liegt vor allem an der Stärke der Aufständischen und der Schwäche des neuen irakischen Staates. Der irakische Widerstand wird von Einheimischen getragen, die mehr als 90 Prozent der Aufständischen stellen. Viele von ihnen hatten bis zum jüngsten Krieg dem Militär oder anderen „Sicherheitskräften“ angehört. Nachdem die damalige US-Zivilverwaltung unter Paul Bremer im Mai 2003 entschieden hatte, Armee und Sicherheitsdienste aufzulösen und eine radikale „Entbaathifizierung“ des Regierungsapparates einzulei-

ten, schlossen sich viele Angehörige des alten Regimes dem Kampf gegen die Besatzungsmächte an.

Die Aufständischen sind daher militärisch gut ge-

schult und führen mittlerweile einen hoch professionellen Guerillakrieg, dem die US-Truppen, die westlichen Alliierten und ihre irakischen Verbündeten wenig entgegenzusetzen haben. Sie profitieren darüber hinaus von der großen Unterstützung, die sie unter den Sunniten in Zentralirak genießen.

Als besonders problematisch hat es sich erwiesen, dass der irakische Widerstand dezentral organisiert ist. Er hat keine Kommandozentrale und keine überregionalen Strukturen. Wird ein lokaler Kommandeur ausgeschaltet, setzen die jeweiligen Gruppen ihre Aktivitäten autonom fort, so dass sich Fahndungserfolge kaum auf ihre Schlagkraft auswirken.

Oft genannte Organisationen wie die Gruppe des Jordaniers Abu Mussab al-Sarkawi (die stark von Irakern durchsetzt ist), die kurdisch-irakischen Helfer der Sunna (Ansar al-Sunna) und die Islamische Armee in Irak sind integrale Bestandteile der Widerstandsbewegung, die zwar in kleinen Gruppen lokal weitgehend unabhängig, aber im Sinne einer gemeinsamen Gesamtstrategie agieren.

Die Aufständischen versuchen zu verhindern, dass die Institutionen des neuen irakischen Staates heranwachsen. Zu diesem Zweck greifen sie die Polizei und die Sicherheitskräfte an, insbesondere deren Rekrutierungszentren. Und wann immer sich die Gelegenheit bietet, werden Angehörige anderer Regierungsstellen gezielt getötet. Damit haben die Aufständischen bislang eine nachhaltige Stabilisierung des Staates verhindert. Dies wird ihnen insofern erleichtert, als Irak schon zum Zeitpunkt des Sturzes Saddam Husseins im April 2003 ein sehr schwacher Staat war. In Folge von zwei Kriegen und 13 Jahren UN-Sanktionen hatte das Regime viele staatliche Funktionen vernachlässigt und sich ausschließlich auf Vorkehrungen beschränkt, ihren Machterhalt zu sichern.

Im Frühjahr 2003 war Irak somit bereits ein scheiternder Staat, der nur noch durch die Androhung brutaler Gewalt zusammengehalten wurde und infolge der Kampfhandlungen vollends zusammenbrach. Anstatt funktionierende staatliche Institutionen mit einer neuen Führung zu versehen, wie dies die Strategen im Pentagon vorgesehen hatten, mussten die Besatzer die Verwaltung komplett neu aufbauen. Hinzu kam, dass

mit der Armee und den Sicherheitskräften die letzten halbwegs funktionierenden staatlichen Einrichtungen aufgelöst wurden. Da bis heute selbst die irakischen Polizeieinheiten mehrheitlich nur auf dem Papier existieren, wird auch der neuen Regierung das wichtigste Instrument für einen schnellen Staatsaufbau fehlen.

Noch ist nicht abzusehen, wie sich der Aufstand und der Aufbau des Staates entwickeln werden. Die möglichen Zukunftsoptionen für Irak reichen weiterhin von einem Bürgerkrieg bis zur Entstehung der ersten liberalen Demokratie in der arabischen Welt.

Das schlimmste, aber dennoch mögliche Szenario ist ein Bürgerkrieg zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden. Er würde unvermeidlich, sollten die Schiiten ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben und auf die antischiitischen Gewalttaten der sunnitischen Aufständischen ihrerseits mit Gewalt reagieren. In einem solchen Fall würde das Land schnell zerfallen und in den ethnisch und konfessionell gemischten Gebieten in Zentralirak würden langwierige und verlustreiche Kämpfe einsetzen. Auch die Nachbarstaaten würden versuchen, mehr oder minder direkt zu intervenieren. Den USA bliebe in einem solchen Fall nur der Rückzug.

Auch das entgegengesetzte Szenario, das einer erfolgreichen Demokratisierung, liegt im Bereich des Möglichen: Voraussetzung hierfür ist der Aufbau irakischer Sicherheitskräfte, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren schrittweise die Aufgaben der britischen und US-amerikanischen Besatzungstruppen übernehmen könnten. In den Institutionen dieses Staates müssten allerdings auch die Sunniten angemessen beteiligt werden, worauf der Aufstand langsam an Stärke verlore. In einem solchen Fall zögen sich die ausländischen Truppen schrittweise aus Irak zurück.

Wahrscheinlicher ist jedoch ein Szenario, das Elemente der ersten beiden vereint. So ist es wahrscheinlich, dass die Schiiten ihre Dominanz in den politischen Institutionen nutzen werden, den neuen Irak in ihrem Sinne zu prägen. Die Kurden werden wie bisher schon in weitgehender Autonomie den Norden des Landes beherrschen.

Schon der Verlauf der Diskussionen um den Verfassungsentwurf hat verdeutlicht, dass die Sunniten bei dieser Neuordnung kaum mit einem Entgegenkommen der Regierung rechnen können und somit unveröhnlich bleiben werden. Militante Organisationen und islamistische Terroristen werden eine stetige Quelle der Unsicherheit bleiben, ohne die Stabilität des Landes zu gefähr-

Fortsetzung ->

Fortsetzung

den. Die Sicherheitskräfte werden von Jahr zu Jahr effektiver arbeiten, so dass die irakische Regierung die US-Truppen zum Abzug auffordern wird.

Sollte dieses oder ein ähnliches Szenario Wirklichkeit werden, wird der Irak eine weitgehend normale Diktatur werden, wie sie in der arabischen Welt verbreitet sind: ein durch hohe Erdöleinnahmen gestärkter

Staat, der Minderheiten und politische Gegner mehr oder weniger brutal unterdrückt und unruhige Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten unterhält. Verglichen mit dem nicht ganz unwahrscheinlichen Bürgerkriegsszenario wäre dies allerdings bereits ein Erfolg, auch wenn ein solcher Staat den Keim zukünftiger Instabilität bereits in sich tragen würde.

Weitere Berichte auf Seite 24 und Seite 25



BILD: PRIVAT

DER AUTOR

■ **Guido Steinberg** ist Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, dem Deutschen Institut für Internationale Politik

und Sicherheit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Irak und Saudi-Arabien sowie der islamistische Terrorismus weltweit. Steinberg studierte

■ **Soeben erschienen** ist sein Buch: „Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus“, Beck-Verlag, München 2005, 192 Seiten, 19,90 Euro.

FR